

Elisabeth Köstinger
Bundesministerin für
Nachhaltigkeit und Tourismus

Herrn
Mag. Wolfgang Sobotka
Präsident des Nationalrats
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: BMNT-LE.4.2.4/0166-RD 3/2018

Ihr Zeichen: BKA - PDion (PDion)2013/J-NR/2018

Wien, 10.12.2018

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Josef Schellhorn, Kolleginnen und Kollegen haben am 17.10.2018 unter der Nr. **2013/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend Bilanz der EU-Ratspräsidentschaft im Bereich Energie gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Dem österreichischen Ratsvorsitz unter dem Motto „Ein Europa, das schützt“ liegt ein detailliertes nationales Programm zugrunde, das drei Hauptschwerpunkte definiert. In jedem dieser Schwerpunktbereiche konnten in den letzten Monaten wichtige Fortschritte erzielt werden. Österreich nützt die Chancen, die Europäische Union im Rahmen des Ratsvorsitzes positiv mitzugestalten und setzt dabei erfolgreich Schwerpunkte und Prioritäten auf der Tagesordnung der Europäischen Union.

Im Bereich Sicherheit und Kampf gegen illegale Migration konnte bei dem informellen Gipfel der Staats- und Regierungschefs am 20. September in Salzburg die Trendwende in der europäischen Migrationspolitik, insbesondere der verstärkte Fokus auf den Außengrenzschutz, die Stärkung von Frontex sowie die Intensivierung der Partnerschaft mit Afrika auf Augenhöhe, bestätigt werden. Beim Europäischen Rat am 18. Oktober in Brüssel wurde diese Richtung erneut bekräftigt. Um einen konkreten Beitrag zu dem

vorgeschlagenen neuen afrikanisch-europäischen Bündnis für nachhaltige Investitionen und Arbeitsplätze zu leisten, veranstaltet der österreichische Ratsvorsitz ein hochrangiges Forum Afrika-Europa am 18. Dezember in Wien, zu dem sowohl Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union und afrikanischer Staaten als auch Vertreterinnen und Vertreter der Wirtschaft erwartet werden.

Im Bereich der Sicherung von Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit durch Digitalisierung konnten in den letzten Monaten bereits zahlreiche Ergebnisse erzielt werden. Dazu zählen die substantielle Annäherung in der Diskussion um eine faire Besteuerung von digitalen Inhalten, die Unterzeichnung des Rechtsakts zum Zentralen Digitalen Zugangstor sowie mehrere wichtige Entscheidungen zu Reformen im Mehrwertsteuerbereich beim ECOFIN-Rat. Auch beim Klimaschutz konnten durch die gemeinsame ehrgeizige Position zur Weltklimakonferenz COP24 und die Einigung auf die 35 Prozent-Reduktion des CO₂-Ausstoßes für Personenkraftwagen bis 2030 wichtige Meilensteine für die österreichische Ratspräsidentschaft erreicht werden.

Als dritten Schwerpunktbereich setzt Österreich auf die Stabilität in der Nachbarschaft und Heranführung des Westbalkans an die Europäische Union. Österreich agiert als Brückenbauer und unterstützt den Annäherungsprozess des Westbalkans auf Basis klarer Kriterien. In den letzten Monaten bereisten der Bundeskanzler, Bundesminister Blümel und Staatssekretärin Edtstadler die Länder des Westbalkans, um die Bemühungen zur Aufnahme der Beitrittsverhandlungen zur Europäischen Union zu unterstützen. Die Westbalkanstaaten wurden intensiv in die Konferenzen und Tagungen unter dem österreichischen Ratsvorsitz eingebunden.

Insgesamt fanden unter dem österreichischen Ratsvorsitz bis zum Anfragestichtag bereits ein Europäischer Rat, ein informeller Gipfel, 14 formelle Räte in Brüssel und Luxemburg, 13 informelle Ministertreffen, über 800 Sitzungen in Vorbereitungsgremien sowie rund 200 weitere Vorsitz-Veranstaltungen in Österreich statt. Des Weiteren wurden bislang 26 Rechtsakte mit dem Parlament unterzeichnet, der Rat nahm 15 Einigungen zu Rechtsakten/Verhandlungsergebnissen mit dem Europäischen Parlament an, mit dem Europäischen Parlament konnten die Trilog-Verhandlungen zu drei Dossiers erfolgreich beendet werden (zu weiteren drei Dossiers wurden vorläufige Einigungen erreicht), die Mitgliedstaaten konnten sich bei 17 Rechtsakten auf eine Ratsposition bzw. Verhandlungsposition mit dem Europäischen Parlament einigen und bislang wurden zwölf Empfehlungen bzw. Schlussfolgerungen des Rates angenommen. Darüber hinaus traf der Rat 270 Entscheidungen, welche unterschiedliche Bereiche betreffen. Mit dem Europäischen Parlament und der Europäischen Kommission wurden bereits über 50 Verhandlungen zu Rechtsakten, sogenannte Triloge, geführt.

Zur Frage 1:

- Welche Maßnahmen wurden im Schwerpunktbereich "Energieeffizienz" während der österreichischen Ratspräsidentschaft gesetzt? Mit welchem konkreten Ergebnis?
 - a. Wurde das Ziel "die Verhandlungen zur Energieeffizienz-Richtlinie zu einem Abschluss zu führen" erfüllt?
 - b. Wenn ja, ist das BMNT zufrieden mit dem Ergebnis?

Zum Dossier 2016/0376(COD), Änderung der Richtlinie 2012/27/EU, wurde am 19. Juni 2018 im 6. und letzten Trilog noch unter bulgarischem Ratsvorsitz eine politische Einigung erzielt, die eine Zielvorgabe in Höhe einer Energieeffizienzsteigerung von 32,5 Prozent bis 2030 vorsieht sowie ein Einsparverpflichtungssystem mit einem realen Einsparungsziel in Höhe von 0,8 Prozent pro Jahr.

Zur Frage 2:

- Welche Maßnahmen wurden im Schwerpunktbereich "Erneuerbaren-Richtlinie" während der österreichischen Ratspräsidentschaft gesetzt? Mit welchem konkreten Ergebnis?
 - a. Wurde das Ziel "die Verhandlungen zur Energieeffizienz-Richtlinie zu einem Abschluss zu führen" erfüllt?
 - b. Wenn ja, ist das BMNT zufrieden mit dem Ergebnis?

Die Erneuerbare-Energien-Richtlinie (kurz: REDII 2009/28/EG) wurde im Rahmen des Clean Energy Package überarbeitet (recast); insbesondere galt es die Zielsetzungen für 2030 zu definieren. Die Verhandlungen konnten im 5. Trilog in Straßburg am 13. Juni 2018 unter bulgarischem Vorsitz erfolgreich abgeschlossen werden.

Zur Frage 3:

- Welche Maßnahmen wurden im Schwerpunktbereich "Energiewirtschaft und Energietechnologie" während der österreichischen Ratspräsidentschaft gesetzt? Mit welchem konkreten Ergebnis?

Im Zuge des informellen Treffens der Energieministerinnen und -minister in Linz am 17. und 18. September 2018, wurden nachhaltige Wasserstofftechnologien intensiv thematisiert. Bereits im Vorfeld dieser informellen Tagung wurde am 17. September 2018 die High-Level Konferenz „Charge for Change – Innovative Energy Technologies for Energy-Intensive Industries“ bei der Voestalpine (Linz) abgehalten. Ein Hintergrund war das Vorzeigeprojekt H2FUTURE, das die Anwendung von Wasserstoff in Industrieprozessen erprobt.

Um das Thema nachhaltige Wasserstofftechnologie europaweit voranzutreiben, rief das Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus die „Hydrogen Initiative“ ins Leben,

welche ein starkes politisches Signal in der Europäischen Union erzeugte und breite Unterstützung fand. Diese freiwillige Deklaration wurde bereits von 26 Mitgliedstaaten, der Europäischen Kommission sowie zwei Staaten der Europäische Freihandelsassoziation (EFTA-European Free Trade Association) unterzeichnet und von rund 100 Unternehmen, Organisationen und Instituten unterstützt. Weitere Mitgliedstaaten haben Interesse bekundet, demnächst der Initiative beizutreten.

Zu den Fragen 4 bis 6:

- Wie hoch waren die gesamten zusätzlichen finanziellen Aufwendungen im BMNT aus Anlass der österreichischen Ratspräsidentschaft?
- Wie hoch waren die zusätzlichen finanziellen Aufwendungen für Maßnahmen, die im Rahmen der österreichischen Ratspräsidentschaft im Wirkungsbereich des BMNT umgesetzt wurden? Bitte um Auflistung nach Maßnahme.
- Wie hoch waren die finanziellen Aufwendungen für Veranstaltungen, Konferenzen, internationale Treffen, etc. im Rahmen der österreichischen Ratspräsidentschaft im Bereich Energie? Bitte um Auflistung nach Veranstaltungstitel, Datum, Teilnehmerzahl und Kosten.

Konkrete Aussagen zu den finanziellen Auswirkungen im Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus aus Anlass des österreichischen Ratsvorsitzes können erst nach Vorliegen aller Abrechnungen getroffen werden.

Veranstaltungen im Rahmen des österreichischen Ratsvorsitzes finden im laufenden zweiten Halbjahr 2018 statt und sind noch nicht abschließend abgerechnet.

Zur Frage 7:

- Wurde angesichts der EU-Ratspräsidentschaft zusätzliches Personal im BMNT eingestellt?
 - a. Wenn ja, bitte um Angabe in VZÄ.
 - b. Wenn ja, wie hoch waren die dadurch entstandenen Kosten?

Entsprechend der generellen Genehmigung des Bundeskanzleramtes für den Abschluss von Sonderverträgen gemäß § 36 (2) Vertragsbedienstetengesetz für Verwendungen im Zusammenhang mit dem österreichischen Ratsvorsitz wurden für den Bereich Energie acht Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aufgenommen. Diese Sonderverträge sind laut Richtlinie des Bundeskanzleramtes bis 28. Februar 2019 befristet.

Die Kosten betragen im Auswertungs-Monat Oktober 2018 37.233,18 Euro.

Zur Frage 8:

- Wurde auf externes Personal zurückgegriffen, dessen Kosten sich z.B. im Sachaufwand der jeweiligen Veranstaltungen befindet?

Nein.

Elisabeth Köstinger

